



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

XVII/94 - 3. Mai 1962

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886890

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

- | | | |
|--------|---|----|
| 1 - 2 | <u>Ungerechtigkeiten im Rechtswesen</u> | 75 |
| | Veraltetes Strafgesetzbuch - Reform bleibt stecken
Von Dr. Wilhelm Hoegner, Ministerpräsident a.D. | |
| 3 - 4 | <u>Junge Sozialdemokraten grüssen Berlin</u> | 71 |
| | Unlösbare Verbundenheit mit Deutschlands Hauptstadt | |
| 5 - 5a | <u>CAS-Salan will den Prozess der Fünften Republik</u> | 71 |
| | Verbrechen und Intrigen vor dem Hohen Militärgericht
Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer | |
| 6 - 7 | <u>Neuwahlen als Ausweg ?</u> | 50 |
| | Dänemark vor schweren innen- und aussenpolitischen
Entscheidungen
Von unserem Korrespondenten in Skandinavien,
Adolph Rasten | |
| 7 | <u>Die Glosse:</u> | |
| | <u>Wenn Minister reisen</u> | 20 |

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Ungerechtigkeiten im Rechtswesen

Von Dr. Wilhelm Hoegner, Ministerpräsident a.D.

Ungerechtigkeiten in der Rechtspflege lassen sich im Grunde auf zwei Hauptursachen zurückführen: ungerechte Gesetze und ungerechte Richter. Sehr viele unserer Gesetze sind ungerecht, weil sie den heutigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechen, weil sie hoffnungslos veraltet sind.

So entsprach z.B. das geltende bürgerliche Gesetzbuch schon im Zeitpunkt seines Inkrafttretens am 1. Januar 1900 nicht mehr den Erfordernissen der Zeit. Es ist im Gegensatz zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch nicht auf einheimischem deutschen Recht, sondern auf römischem Recht aufgebaut und für die Verhältnisse einer klein-kapitalistischen Gesellschaft zugeschnitten. Der Eigentumsbegriff ist überspannt, der Privateigentümer kann mit seiner Sache nach Belieben schalten und walten, soweit das nicht einem Sondergesetz oder den guten Sitten widerspricht. Im Gegensatz dazu bestimmt die Bayerische Verfassung in Art. 158: "Eigentum verpflichtet gegenüber der Gesamtheit. Offenbarer Missbrauch des Eigentums oder Besitzrechtes genießt keinen Rechtsschutz".

Bei der Bearbeitung des Bayerischen Wassergesetzes im Bayerischen Landtag sind sich die beiden Rechtsanschauungen schroff gegenübergestanden. Der österreichische Rechtslehrer Dr. Anton Manger hat das Recht des Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches in seinem Buch "Das bürgerliche Recht und die besitzlosen Volksklassen" im Jahre 1903 als "Schöpfung eines aristokratischen Militärstaates, als privatrechtliche Machtstellung der herrschenden und besitzenden Klassen" bezeichnet. Dieses Gesetzbuch gilt heute noch, während sich doch z.B. das ganze Arbeitsrecht ausserhalb desselben entwickelt hat.

*

Ein wahres Elend ist es mit dem geltenden deutschen Strafgesetzbuch vom 17. Mai 1871, dessen Grundlage das preussische Strafgesetzbuch vom 14. April 1851 bildet. Die notwendigsten Verbesserungen wurden jeweils stückweise in Gesetzesnovellen durchgeführt; die Letzte stammt vom 25. August 1953. Seit 1905 arbeiten deutsche Professoren mit deutscher Gründlichkeit an der Strafrechtreform. Schon vor dem ersten Weltkrieg lag der Entwurf eines neuen Strafgesetzbuches vor. Vor 50 Jahren machte ich über eine Bestimmung dieses Entwurfes meine Doktorarbeit. Immer wieder wurden neue Entwürfe geboren, aber alle - auch die des sozialdemokratischen Reichministers Radbruch - scheiterten. In den Jahren 1930/31 gehörte ich selbst dem Ausschuss des Reichstages für die Strafrechtsreform an. Die Nationalsozialisten sprengten ihn und verhiessen ein deutsches Strafrecht nach ihrem Geist und Verstand. Sie schafften

es nicht. Die Schweizer machten sich die deutschen Vorarbeiten zunutze; sie schufen im Jahre 1942 ein modernes Strafgesetzbuch.

Nun liegt wieder ein Entwurf im Deutschen Bundestag vor. Bei den kaum überbrückbaren weltanschaulichen Gegensätzen innerhalb der Regierungskoalition besteht wieder die Gefahr eines Fehlschlages. So "erben sich Gesetz und Recht wie eine ewige Krankheit fort".

*

Schier noch schlimmer steht es mit der Strafprozessordnung, in der sich der alte Obrigkeitsstaat ungeschminkt widerspiegelt. Ungerechte Richter, die Gesetze aus Unverstand oder Böswilligkeit falsch anwenden, hat es zu allen Zeiten gegeben. Häufig beruhen ungerechte Urteile auf politischen oder Klassen-Vorurteilen. Die Zahl politischer Fehlurteile war schon in der Weimarer Zeit sehr hoch; sie wuchs sich unter dem Nationalsozialismus zu einer Justizkatastrophe aus. Da fand sich kaum ein Richter, der, wie jener bayerische Richter, dem Kurfürsten Maximilian I. auf dessen Weisung, künftig nach dem Willen der Regierung zu urteilen, die stolze Antwort gab, da würde er schon lieber Bauhirt als ein Präsident sein. Der Rechtspositivismus, der Glaube, dass auch gesetztes Unrecht verbindlich sei, hat die Gerechtigkeit getötet und viele Richter in die Irre geführt.

Die Herkunft von Richtern aus sozial gehobenen Schichten führt oft dazu, dass sie sich in die Denkweise und Art einfacher Menschen nicht hineinfinden können. Wenn man die Rechtspflege dem Volke nicht entfremden will, ist es notwendig, dass sich Männer und Frauen aus dem Volke an der Rechtsprechung beteiligen. Die Bayerische Verfassung hat das in Art. 88 als Forderung aufgestellt. Sie gilt insbesondere auch für die Verwaltungsgerichte, die dazu berufen sind, den Staatsbürger vor Auswüchsen einer übermächtigen Bürokratie zu schützen.

Bei der grossen Zahl unserer Richter können nicht alle ausgesprochene Richterpersönlichkeiten sein. Immerhin sollte bei der Auswahl der künftigen Richter der Grundsatz befolgt werden, den ich im Jahre 1945 als damaliger Justizminister aufgestellt habe:

"Zum Richter eignen sich nur gefestigte, innerlich unabhängige Persönlichkeiten. Der Richter ist nicht das Werkzeug einer Partei, einer weltanschaulichen Gemeinschaft, eines Standes oder einer Klasse, eines Vorurteils der Willkür oder der Rache. Er hat nur der Gerechtigkeit zu dienen und berücksichtigt die Erfordernisse der Billigkeit, der Menschlichkeit und des sozialen Fortschritts".

+ + +

Junge Sozialdemokraten grüssen Berlin

W.G. - Junge Sozialdemokraten grüssen Berlin - Dutzende weisser transparente wiederholten mit leuchtend blauen Buchstaben den Gruss, den die jungen Sozialdemokraten der Bundesrepublik zum 1. Mai 1962 ihrer Reichshauptstadt mitbrachten: Aus allen Städten und Bezirken waren die Jungsozialisten der SPD aufgebrochen, um gemeinsam mit den Berlinern im weiten Rund auf den Platz der Republik vor dem Reichstag für die Freiheit, die keine Mauern kennt und kennen darf, zu demonstrieren. Berlins Regierender Bürgermeister Willy Brandt liess es sich als Vorsitzender der Berliner Sozialdemokraten nicht nehmen, mit seinen jungen Parteimitgliedern aus der Bundesrepublik den mehrere hundert Meter langen Demonstrationzug vom Platz der Luftbrücke vor dem Tempelhofer Flughafen bis zum Platz der Republik anzuführen. Mit ihm marschierten an der Spitze die beiden stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner SPD, die Bundestagsabgeordneten Kurt Mattick und Kurt Neubauer.

Dieses Erlebnis war Abschluss und Höhepunkt für die mehr als 500 jungen Sozialdemokraten aus der Bundesrepublik, die in den vier Tagen ihres Aufenthaltes Gelegenheit hatten, die Lebenskraft West-Berlins in ernsthafter Arbeit und in froher Begegnung kennenzulernen. Schon am ersten Tage des Besuchs, am 27. April, kam es in den übervollen Räumen des "Kulturzentrum am Lützowplatz" zu einem von Dr. Wolfgang Müller sachkundig geleiteten Streitgespräch mit der Redaktion der Jugendillustrierten "Twen" über das provokativ formulierte Thema "Als Jungfrau in die Ehe". Der Schriftsteller Arnold Bauer, der Pfarrer Heinz Bauer, der Jugendexperte Wolfgang Götsch und der Bundessekretär der Jungsozialisten Horst Seefeldt wünschten den "Twen"-Leuten über ihre anerkannt moderne Aufmachung hinaus mehr gesellschaftliches Engagement, mehr "Lebenskraft beim Schreiben der Wahrheit" und weniger Kalkül beim Errechnen des Gewinns. Die Redakteure waren oft betroffen über die Fehlhaltungen, die sie in den Diskussionsbeiträgen ihrer Stammleser bemerkten. Wenn auch der letzte Stuhl aus den Kellerräumen hervorgeholt werden musste, machte doch die drangvolle Enge den Besuchern nichts aus: Man diskutierte in Offenheit und Frische stundenlang miteinander.

Der nächste Tag war einer von den Experten der Berliner Bauverwaltung ausgestalteten Stadtrundfahrt und einer von den Berliner Jung-

sozialisten vorbereiteten Fahrt entlang der Schandmauer gewidmet. Dass diese Programmpunkte keine touristische Attraktion, sondern im Gegenteil in grossartiger Form politischer Bildung im besten Sinne des Wortes waren, zeigten die stundenlangen Gespräche, die die westdeutschen Besucher mit ihren Berliner Kampfgefährten zum Teil bis in die tiefe Nacht hinein führten ...

In Gemeinschaft mit den "Falken", die fast noch zahlreicher ihre Gruppen mit gleicher Zielsetzung auf den Weg nach Berlin geschickt hatten, traf man sich zu politischem Bekenntnis im Stauffenberg-Hof in der Anlage des früheren Oberkommandos des Heeres. Zwei bunten Haarschlangen gleich waren die 25 Omnibusse als Korso durch die sonntäglichen Strassen der Westberliner Innenstadt, den Kurzflüsterdamm nicht auslassend, dort hin gefahren. Frau Edith Lowka sprach als Vizepräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses und als Sozialdemokratin das aus, was die Herzen aller bewegte: Erst dann wäre der Tod nicht nur der Männer des 20. Juli, sondern aller Widerstandskämpfer gegen die Hitler-Diktatur sinnlos gewesen, wenn wir bereit wären, diesen Kampf einzustellen. Und dabei gelte es, jede Form der Unterdrückung der Menschenwürde, wo immer sie auftrete, entgegenzutreten. In diesem Sinne bedankte sie sich wie vor und nach ihr noch viele prominente Berliner Politiker und einfache Berliner Bürger, für die Teilnahme der Gäste an diesem 1. Mai, der so sinnfällig den Geist der Solidarität der westdeutschen Jugend mit Berlin und seinem Freiheitskampf zum Ausdruck brächte.

Nach so vielen Anstrengungen wurde der "Frühlingsball der Jugend" in den Räumen des Schöneberger Prälaten für die Tausend Gäste und weiteren Tausend Berliner Freunde zu einer willkommenen Gelegenheit, einer sinnvoll verstandenen jugendlichen Lebensfreude Ausdruck zu geben. Klaus-Günther Neumann verstand es mit seinen spezifisch "Berliner" Kabarett-Darbietungen den Abend die politische Würze zu geben.

Vorträge und Diskussionen füllten den vorletzten Tag des Aufenthaltes aus, ehe man sich am Vorabend des 1. Mai in der Berliner Kongresshalle zu einer von Konrad Hammer arrangierten Feierstunde unter dem Titel "Marchiert Chansons ins Freie" versammelte. - Ernst und Entschlossenheit, die die 700 000 Teilnehmer an der grossen Maikundgebung vereinigte, besetzte auch die Jungsozialisten und Falken, die mit diesem einmaligen Erlebnis in den Herzen nach der Kundgebung ihre Autobusse bestiegen, um in ihre Heimatstädte in der Bundesrepublik zurückzufahren.

OAS-Salan will den Prozess der Fünften Republik

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

In wenigen Tagen jährt sich zum 4. Male der erfolgreiche Putsch gegen die 4. Republik. Zwei Tage darauf steht Salan vor dem Hohen Militärgericht in Paris. Der gleiche Salan, der damals im Mai 1958 als Oberkommandierender der französischen Streitkräfte in Algerien vom Balkon des Regierungspalastes einen Hochruf auf de Gaulle ausbrachte und damit dem alten General eine Brücke zur Macht schlug.

Der Ex-General schweigt

Kein Wunder, daß Salan heute in seiner Zelle des Pariser Gefängnisses in finsternem Schweigen verharrt. Die blutige Tätigkeit der OAS seit einem Jahr ist für ihn nur die logische Konsequenz des ersten Putsches im Mai 1958. Er will in dem bevorstehenden Konstreprozess nicht so sehr über die OAS-Verbrecher der letzten Zeit sprechen als vielmehr über die Hofintrigen der ganzen letzten Jahre und sogar noch bis 1957 zurückgehen zu dem mysteriösen Attentat, dem er selbst beinahe zum Opfer gefallen wäre. Salan will den Prozess der Fünften Republik. Als General war Salan den Ultras der 4. Republik verdächtig. Und zu diesen Ultras gehörten - notorische Gaullisten, spätere Würdenträger der 5. Republik, die sich rechtzeitig umgestellt haben. Salan fordert sie in den Zeugenstand, erst dann will er "reden".

Natürlich hofft er, sein Leben zu retten, indem er die Hintergründe und Untergründe der französischen Geschichte dieser Jahre aufrollt. Vielleicht beschleunigt er damit aber nur sein eigenes Ende.

Vom Wunder zur Ermächtigung

Drei Kräfte wirkten einst im Mai zusammen, um die 4. Republik zu stürzen: Die zivilen Ultras, die Armee mit Salan und die Gaullisten. Das Zusammenwirken dieser drei Kräfte war notwendig, die 4. Republik zu beseitigen. Die Ultras waren die Vorhut, die Armee stellte die drohende Reserve, de Gaulle schlug die Brücke zur Legalität. Von der Armee zur Macht getragen, akzeptierte er sie erst nach Zustimmung des Parlaments.

Der damalige Dreibund stützte sich in Algerien auf die Hysterie der französischen Minderheit und die Angst der mohammedanischen Mehrheit; in Frankreich auf ein Gemisch von Apathie und Panik. Das war das sogenannte Wunder des 13. Mai.

Schon ein Jahr später kam die Ernüchterung. De Gaulle löste sich von seinen rechtsradikalen Verbündeten, die Ultras wurden ausgeschaltet und kaltgestellt. Salan wurde auf einen Ehrenposten abgeschoben. Die Armee wurde schrittweise wieder dem Staat untergeordnet, das Gesicht der Demokratie begann wieder zu wirken.

Dreimal Bremsversuche

Die Zivilfaschisten und Offiziere versuchten seither diese Entwicklung dreimal rückgängig zu machen: Januar 1960, April 1961, Frühjahr 1962. Der Versuch endete jedesmal mit einer noch größeren Niederlage. Im Januar 1960 putschen die zivilen Ultras ohne Armee. Der von de Gaulle "verratene" 13. Mai sollte nachgeholt, fortgesetzt, gesteigert werden. Die Armee blieb aber bereits neutral, die Mohammedaner rührten sich nicht. Das französische Volk war zum ersten Mal in einem Generalstreik gegen die Putschisten. Die Barrikadenbauer ergaben sich daraufhin, isoliert vom Volk und zum Teil auch bereits von der Armee.

Im April 1961 putschen die Offiziere ohne Zivilisten. Salan errichtete mit drei anderen Generälen ein militärisches Direktorium. Diesmal war die republikanische Abwehr heftiger als ein Jahr zuvor. Zum ersten Male reagierten die eingerückten Soldaten gegen die Putschoffiziere. Vom Dreibund des 13. Mai blieb also nichts mehr übrig.

Einige Monate vorher, im Dezember 1960, hatten sich die mohammedanische Massen in den algerischen Städten zum Ersten Male in offenen Demonstrationen für die FLN entschieden. Das französische Volk antwortete auf den Aprilputsch zum ersten Male mit der Aufstellung republikanischer Milizen. Die Linksoption unterstützte de Gaulle aktiv in der Niederschlagung der Offiziersrevolte.

Die Putschgeneräle gründeten daraufhin, gemeinsam mit den Zivilfaschisten, die OAS. Sie sind überzeugt, damit das Vermächtnis des 13. Mai 1958 zu erfüllen.

Wird der Schleier gelüftet?

Daß der Pariser Untersuchungsrichter den OAS-Chef Salan, nicht aber den Führer des Maiputsches 1958 oder das Opfer des mysteriösen Mordanschlages vom Januar 1958 hören will, ist juristisch verständlich. Die französische und internationale Öffentlichkeit warten aber mit Spannung auf die Aussagen nicht nur des obersten Führers der OAS, sondern auch des früheren Oberbefehlshabers der französischen Streitkräfte Raoul Salan, sowie die Aussagen der Zeugen jener Tage. Wird der Schleier, der jetzt noch über den letzten dramatischen Jahren französischer Geschichte liegt, endlich gelüftet?

Neuwahlen als Ausweg ?

Von unserem Korrespondenten in Skandinavien,
Adolph Rasten

Die innenpolitische Lage in Dänemark wird seit einigen Wochen durch Unklarheit und eine gewisse Verworrenheit gekennzeichnet. Es wird sogar von Neuwahlen zum Folketing noch in diesem Frühling gesprochen und die Gedanken kreisen schon um den 29. Mai als möglichen Wahltag. Die letzten politischen Wahlen wurden im November 1960 abgehalten, im März dieses Jahres fanden Kommunalwahlen statt. Der einfache dänische Mitbürger versteht deshalb schwerlich, warum es schon jetzt für die Parteien notwendig sein sollte, sich in einen neuen Wahlkampf zu stürzen - weil eben der Arbeitstisch im Folketing mit dringenden, unaufgeklärten Fragen, die eine Lösung fordern, gefüllt ist. Vielleicht ist das Munkeln von Wahlen mehr taktisch als realistisch betont - vielleicht ist es auch sogar die Menge von ungelösten Problemen, vor allem wirtschaftlichen, die erklärt, warum von Wahlen die Rede ist.

Eines der Probleme, das im Vordergrund steht, ist die Frage der Einführung der allgemeinen Umsatzsteuer in Dänemark. Als die Regierung im März mit ihrem Vorschlag hervorkam, wurde er von den zwei grossen bürgerlichen Oppositionsparteien grundsätzlich günstig aufgenommen. Die Regierung will einen gewissen Teil der direkten Besteuerung durch eine fünf-prozentige Umsatzsteuer ersetzen. Aber dann fing man an zu streiten, wieweit der "Oms" vom Einzelhandel oder im Grosshandelsglied erhoben werden sollte - und dieser Streit dauert noch an. Mehrfach wird in den Zeitungen erklärt, die Politiker haben den ganzen Monat April mit dieser technischen Frage verschwendet. Als ein Einzelproblem beurteilt sollte es nicht schwer sein, eine praktische Lösung in Zusammenarbeit zwischen den beiden Regierungsparteien - Sozialdemokraten und Liberalen - und den grossen bürgerlichen Oppositionsparteien - die konservative Partei und die Bauernpartei Venstre - zu finden. Aber es hat den Anschein, dass die Regierung sich gegenüber dem neuen politisch-psychologischen Faktor, der durch den Aufschwung der sozialistischen Volkspartei Aksel Larsens in Dänemark entstanden ist, zögern verhält. Aksel Larsen taktiert auf eine Weise, die für die Regierungsparteien unberechenbar ist.

Zum Problem der Umsatzsteuer kommt ein kleines Dutzend anderer ökonomisch-politischer Fragen, die zusammen einen wahlpolitischen Komplex bilden. Dazu gehört auch die Erhöhung des dänischen Verteidigungshaushaltes. Die Vereinigten Staaten haben erklärt, Dänemark müsse zur gemeinsamen NATO-Verteidigung mit einer Summe beitragen, die genau so gross sein soll wie die amerikanische Hilfeleistung an Dänemark. Das bedeutet eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes von 1054 Millionen Kronen jährlich auf 1330 Millionen. Die Alternative wäre eine Erhöhung des Verteidigungsbeitrages von 3,2 auf 4,6 Prozent des Nationalproduktes, das mit 40 Milliarden Kronen im Jahre 1961 veranschlagt wird. Damit wird eine Frage aktualisiert, die man schon vor der Verteidigungsordnung vom Jahre 1960 als erledigt betrachtete und die nunmehr die liberale Regierungspartei vor gewisse Schwierigkeiten stellt.

Für die Klärung der Lage hat das Folketing nur 14 Arbeitstage zur Verfügung. Schaffen es die Parteien? Halten die Nerven im gegenseitigen taktischen Spiel stand? Wird sich vielleicht die Frage Dänemark und EWG zur vorsehnlichen Entscheidung aufdrängen und dadurch das Gerede von Neuwahlen noch mehr intensivieren? Auf Christiansborg wagt sich keiner, mit einem klaren Ja oder Nein zu antworten, sondern zieht es vor, mit "Weiss nicht" auszuweichen.

+ + +

Die Glosse:

Wern Minister reisen

HB. - Am Gründonnerstag gab es, wie üblich vor Ostern, überfüllte Züge, obwohl die Bundesbahn bemüht war, durch Einsatz von ausserplanmässigen Zügen, zusätzlichen Wagen usw., die ärgsten Schwierigkeiten zu meistern.

Erhebliche Aufregung und Verärgerung bereitete den Reisenden des "Merkur" von Stuttgart nach Hamburg an diesem Tage, dass bereits ab Stuttgart ein ganzes Abteil mit 6 Plätzen verschlossen wurde, weil fünf Stunden später (!) Aussenminister Dr. Gerhard Schröder in Bonn zuging. Selbst jene Reisenden, die nur bis Bonn fahren und also das Abteil rechtzeitig für den Minister wieder freigestellt hätten, konnten Öffnung und Benützung nicht durchsetzen. Es sei ein "hoher Herr aus Bonn, der sonst Salonwagen fährt", wie der biedere Zugschaffner, dem der Name Dr. Schröders nicht zu entlocken war, erläuterte.

Die weniger hohen Herren Reisenden, die normalerweise den Zug benutzen und ihre Fahrkarte selbst bezahlen, mussten kapitulieren und das leere geschlossene Abteil - Symbol bundesrepublikanischer Demokratie Bonner Prägung? - im Gange stehend betrachten. Natürlich wird Herr Schröder nichts von dem ganzen Vorgang geahnt haben. Aber vielleicht sorgt er bei nächster Gelegenheit dafür, dass der Normalgebraucher von Bundesbahnzügen sich nicht ärgert.

+ + +